

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Schriftleiter:
Eric Nitzsche, Berlin.
Telefon: Amt StraÙe 4106/4108



Stützpunkt für Druck und Schriftleitung:
Berlin O 301, Doltz-Wilhelm-Platz 6
Telefon: Copalung

Die Zeitung erfolgt im Colportage.
Der Inhalt ist nur auf Grund eigener Recherchen gegeben. Verantwortlich ist der Verfasser.
Der Druck erfolgt durch die Druckerei der Zeitung für alle Teile der Stadt.

Berlin, den 8. Nov. 1932.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Das Ende.

Nachwort zum Berliner Verkehrstreik.

SPD. Es kam so, wie es kommen musste. Der Streik ist elend zusammengebrochen - weil die kommunistisch-nationalsozialistische Streikfront zu allem fähig war, nur nicht zur Führung eines Streiks. Krach, Klamauk, Gewalttätigkeiten und schmutzige Beschimpfung: auf all das verstand sich die Nazi-Kozi-Front ganz ausgezeichnet. Allein zur Führung eines Streiks gehört schliesslich auch noch etwas moralische Qualität.

Das Gegenteil von Moral - eine Gewissenlosigkeit, ein Verbrechen war der Streik. Die Berliner Verkehrsarbeiter wurden, nur weil die Wahl vor der Tür stand, in ein Experiment hineingehetzt, obwohl über diesen Arbeitern schon seit langem das Damoklesschwert der Entlassung schwebt. Die Nazi-Kozi-Front hat der neuen Leitung der Berliner Verkehrsgesellschaft mit dem Streik nur einen Gefallen getan. Jetzt, wo der Streik zusammengebrochen ist, rast der Angstruf "2 500 BVG-Arbeiter entlassen!" durch die Berliner Presse. Ende mit Schrecken!

Die BVG will die Gelegenheit benutzen, um ihren Betrieb "rentabel" zu machen. Nach ihrer Auffassung ist ein bestimmter Prozentsatz ihrer Arbeiter und Angestellten längst überzählig. Ohne Zweifel wären bei der BVG, wenn sie ein Privatbetrieb wäre, längst Tausende von Arbeitskräften abgebaut worden. Wenn das nicht geschah, dann nicht zuletzt deswegen, weil bisher in der BVG Sozialdemokraten immer wieder aus sozialen Gründen nicht die brutalen Rentabilitätsberechnungen ausschlaggebend sein liessen. Heute sitzen diese Sozialdemokraten nicht mehr in der Leitung der BVG. Heute weht dort ein anderer Wind und was für ein Wind, das müssen jetzt die Berliner Verkehrsarbeiter am eigenen Leibe sehr schmerzlich verspüren. Gegen die Sozialdemokratie hat die Nazi-Kozi-Front seit dem Ausbruch des Streiks, wie nicht anders zu erwarten war, eine Flut von Verleumdung und Dreck losgelassen. Erst am Dienstag wieder sagt das Berliner Nazi-Blatt, es gehe nicht an sozialdemokratischen Bonzen Riesengehälter in die Tasche zu schieben und dem Personal die Löhne zu kürzen; denn die Sozialdemokraten süssen nicht am Steuer eines Autobusses, mit dem die Berliner fahren müssten, sie süssen vielmehr in einem eleganten Auto, das sie sich auf Kosten der BVG-Arbeitnehmer leisten könnten. Das ist eine unverschämte Lüge. Gerade den Sozialdemokraten in der BVG ist immer wieder der Vorwurf gemacht worden, sie hätten in der BVG eine verhängnisvolle Politik getrieben; sie hätten die Löhne übersteigert und nicht rechtzeitig für Entlassungen gesorgt.

Aber all das macht auf die Nazi-Kozi-Lügenbrut natürlich nicht den geringsten Eindruck. Diese erbärmliche Sippschaft, die allein das Streikfiasko auf dem Gewissen hat, sucht jetzt nach einem Sündenbock. Allem Anschein nach ist sie selbst fest davon überzeugt, dass ihre dummen Lügen sehr kurze Beine

haben, und deshalb liegen sich die sauberen Brüder, die die Berliner Verkehrsarbeiter ins Unglück geführt haben, jetzt bereits sehr böse in den Haaren. Dass beiden den Gewerkschaften Streikverrat vorwerfen, versteht sich von selbst. Das war zu erwarten wie das Amen in der Kirche. Dass sie sich aber jetzt selbst gegenseitig als Streikbrecher beschimpfen, das ist bezeichnend für diese Gesellschaft. So meldet z.B. das Kommunistenblatt "Berlin am Morgen" den Abbruch des Streiks mit dem Balken "Streikbruch-Einheitsfront der Reformisten und Nazis". "Erst als der schleichende Verrat", so sagt das Salon-Kommunistenorgan, "in die Reihen der Kämpfenden getragen wurde, gelang es, den Kampf der Verkehrsarbeiter so zu schwächen, dass er abgebrochen werden musste. Und das war das gemeinsame Werk der reformistischen Verbandsbürokratie und der Nazis." Und das Organ des Salonproletariats Dr. Goebbels, bringt am Dienstag-Mittag die Balkenüberschrift: "Wie die deutsche Arbeiterschaft vom Marxismus verraten wird. - Kommunisten würgen BVG-Streik ab - RGO für Lohnraub - Schmäbliche Kapitulation". Die nationalsozialistischen BVG-Arbeiter, sagt das Blatt, hätten bisher die Arbeit noch nicht wieder aufgenommen. Der Gesamtmarxismus - Sozialdemokratie und Kommunisten - habe den Streik der Berliner Verkehrsarbeiter feige und gewissenlos hintertrieben und abgewürgt. Er habe damit die gerechten Forderungen der BVG-Arbeiter sabotiert und den Lohnraub endgültig festgelegt.

Da haben wir den Salat: die Bundesgenossen vorgestern bewerfen sich heute mit Dreck. Nur die Nazis - sagen die Nazis - bekämpfen den Lohnabbau. Nur sie allein sind Streiker ohne Furcht und Tadel. Marxismus und Reaktion - so kann Goebbels seinen von ihm anscheinend für rettungslos verblödet gehaltenen Lesern vormachen - leisteten gegenseitig einander Zutreiberdienste. Die Hugenberg-Kapitalisten seien zwar für den Lohnraub, sie hätten jedoch bei der Wahl durchunverantwortliche Netze gegen die Nazis dem Marxismus geholfen und zum Dank dafür hätten die Marxisten den Streik abgebrochen!! O Herr, sieh dein Volk an!

Und die Kommunisten? Sie haben sogar die Entdeckung gemacht, dass die Zentrale Streikleitung den Kampf "nicht ohne Erfolg" abgebrochen habe. Der Erfolg zeige sich in der Verlängerung des Manteltarifs bis Ende März, und auch sonst noch seien weitgehende Verschlechterungspläne der BVG-Direktion zurückgeschlagen worden. Das ist der Gipfel der Unverschämtheit. Dieselben Herrschaften, die, wie der Gesamtverband bereits einwandfrei nachgewiesen hat, durch ihren dämlichen Streik die Verbindlichkeitserklärung eines Lohnabbau-schiedspruchs erzwungen und damit den Gewerkschaften die Hände gebunden haben, brüsten sich jetzt mit dem, was die Gewerkschaften in mühseligen Verhandlungen für die BVG-Arbeiter herausholten. Die Gewerkschaften haben den Lohnabbau bis auf 2 Pfennig heruntergedrückt. Sie haben den Manteltarifvertrag verlängert, und wenn die Kommunisten und Nationalsozialisten nicht mit ihrem Streik dazwischengefuhrwerk hätten und den Gewerkschaften die Verhandlungsfreiheit geblieben wäre, dann wären nach Lage der Dinge noch einige Verbesserungen durchgedrückt worden. Vor allem aber wäre nicht die Gefahr der Massenentlassung heraufbeschworen worden. Sie zu vermeiden, war von Anfang an mit ein Hauptgrund für die Zurückhaltung der Gewerkschaften.

Aber so ist es nun einmal bei uns in Deutschland: die Schreier haben, seitdem Teile der Arbeiterschaft auch noch durch die Hitler-Schwadronen verrückt gemacht worden sind, leider immer wieder das Ohr der Arbeiter. In einer Krise ist Vorsicht das oberste Gebot in Arbeitskonflikten. "Erst wäg's, dann wag's" - war die Parole eines Moltke, und der verstand wohl etwas von Strategie. Die Parole der Nazi-Kozi-Streikfront im Berliner Verkehrstreik dagegen lautete: "Nur immer feste druff!" Und diese Parole stammt von einem, der von Strategie nichts verstand. Den Schaden haben die Berliner Verkehrsarbeiter.

SPD. Darmstadt, 8. November (Eig. Dr.)

In Ober-Ramstadt bei Darmstadt wurde die Frau eines Reichsbannermannes von einem Trupp Nazis durch Hiebe auf den Kopf niedergeschlagen, sodass sie eine Gehirnerschütterung davontrug. Als ihr Ehemann sie aufheben wollte, erhielt er einen Stich in den Rücken. Der SA-Sturmtruppführer Göbel, der als Täter festgenommen wurde, gebärdete sich derart, dass ihm Handschellen angelegt werden mussten.

In einem anderen Odenwald-Ort wurde ein Reichsbannerauto mit Steinen beworfen. 6 Nationalsozialisten wurden als Täter festgenommen.

SPD. Unter dem Titel "Nicht abwarten" befasst sich das Organ der Christlichen Gewerkschaften, der "Deutsche", mit der Frage was nach dem Ausgang der Wahlen werden soll. Wir haben Grund zu der Annahme, dass die Äusserungen des "Deutschen" diesmal mit der Auffassung identisch sind, die gegenwärtig in massgebenden Zentrumskreisen vorherrschend ist. Der "Deutsche" schreibt:

"Hugenbergs Presse schreibt jetzt, die Deutschnationale Partei besitze die Schlüsselstellung im Parlament und habe jetzt die "Faust an der Gurgel der parlamentarischen Parteiwirtschaft". Sie werde jede Möglichkeit zu einer reaktionären Wiederbelebung des Weimarer Parlamentarismus, über die Bildung einer parlamentarischen Regierung, verhindern. Diese Offenherzigkeit ist zu begrüßen. Die anderen Parteien wissen, was sie von einer "nationalen Konzentration", wie sie Hugenberg will, zu erwarten haben. Es ist ausgeschlossen, dass sich Nationalsozialisten, Zentrum und Christlich-Soziale dafür hergeben werden. Daraus ergibt sich alles weitere. Die Basis einer Not- und Arbeitsgemeinschaft im Reichstag, wie sie Kaas und Brüning fordern, muss so breit wie nur möglich sein und in erster Linie eine Stütze bei den Massen des Volkes finden. Dass in diesem Augenblick nicht an eine Mehrheitsbildung koalitions-mässiger Art wie früher zu denken ist, ist klar. Es ist eine Regierung zu schaffen, deren führende Männer Vertrauen im Volke haben und eine Mehrheit im Reichstag finden, die ihnen die Möglichkeit gibt, zu arbeiten. Der Reichstag soll sie später nach ihrer Politik und ihren Taten beurteilen. In diesem Sinne muss nun der Reichstag selber die Initiative ergreifen, er darf nicht abwarten, bis die Regierung für gut befindet, ihn einzuberufen. Er muss die Rechte des Volkes, das in seiner überwiegenden Mehrheit seinen Willen unzweideutig zum Ausdruck gebracht hat, zur Geltung bringen und die Führung übernehmen. Es wäre falsch, die Vorschläge und Pläne Papens abzuwarten. Die Lage ist klar, die Aufgabe ist gestellt. Sie kann nicht gelöst werden auf dem Wege einer Besprechung zwischen dem Reichskanzler und den Parteiführern, welche die Hugenberg-Presse kurz so charakterisiert: "Die Parteiführer sollen verhört werden". Beim Reichspräsidenten liegt die letzte Entscheidung."

Es ist anzunehmen, dass das Zentrum im Sinne der vorstehenden Betrachtungen bereits bestimmte Schritte eingeleitet hat.

SPD. Breslau, 8. November (Eig. Drahtb.)

Der Naziterror in Schweidnitz, der schon in der vergangenen Woche zu einem brutalen Überfall hemmungsloser Hakenkreuzler auf einen friedlich seines Weges gehenden Reichsbannermann führte, dauert fort. Insbesondere vor dem Landgerichtsgebäude, wo seit Dienstag-Vormittag wieder das Sondergericht gegen den Gruppenführer der schlesischen SA und seine Trabanten verhandelt, reissen die von den Hitler-Jünglingen wohl zu Ehren des Fememörders Heines mit viel Geschrei veranstalteten Krawalle nicht mehr ab. Die Polizei, die häufig vom Gummiknüppel Gebrauch machen muss, ist gegenüber diesem Treiben an-

scheinend völlig machtlos. Auch in der Stadt streichen grössere und kleinere Truppe von SA-Leuten herum. Sie belästigen Passanten und fallen über politisch Andersdenkende her. Mehrere hundert ortsfremde Braunhosen sind gegenwärtig wieder in Schweidnitz zusammengezogen.

Uebel tut sich insbesondere der in Schlesien sattem bekannte Naziführer Kubissa hervor. Dieser Bursche, der im Jahre 1930 wegen Beteiligung an der Sprengung einer sozialdemokratischen Versammlung in einen Prozess verwickelt war, zieht mit einer Gruppe auswärtiger SA-Leute durch die Strassen und macht seine Kumpane auf Reichsbannerleute und Kommunisten aufmerksam. Die Folge dieses terroristischen Vorgehens ist eine Kette von Zusammenstössen. Die von Kubissa geführten Nazibanditen stürzen sich mit Totschlägern, Gummiknüppeln und anderen Mordwerkzeugen auf ihre Opfer. Am Dienstag-Mittag wurde auf dem Ring der 32 jährige Zähler des Elektrizitätswerkes Macheiske, der zur Eisernen Front gehört, von einer solchen Horde angefallen. Macheiske erhielt mehrere tiefe Messerstiche und musste in bedenklichem Zustand ins Krankenhaus überführt werden. Die feigen Messerhelden konnten unerkannt entkommen.

Das Auftreten der Nazis in Schweidnitz macht den Eindruck einer wohl vorbereiteten Aktion. Das Hauptquartier der nach Schweidnitz für die Dauer des Prozesses verlegten SA-Rollkommandos ist, wie in früheren Jahren, die als Nazi-Hochburg bekannte Braukommune. Dort ist seit Dienstag-Früh auch eine Hakenkreuz-Sanitätskolonne stationiert. Ausserdem patrouillieren Nazi-Sanitäter in der Stadt umher. Daraus kann man schliessen, dass die SA-Führer nicht nur mit Zusammenstössen rechnen, sondern sie planmässig fördern.

Wie die Ortspolizeibehörde mitteilt, wurden in Schweidnitz seit Beginn des Reichenbacher Sprengstoffprozesses insgesamt 25 Nazis festgenommen. Drei wurden dem Gerichtsgefängnis zugeführt. Vier der Festgenommenen werden sich wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt, die übrigen wegen Verstosses gegen polizeiliche Anordnungen zu verantworten haben. Gegen den Gruppenführer Heines wurde von der Polizei wegen Aufruhr und Beleidigung bei der Staatsanwaltschaft Anzeige erstattet. Ferner geht aus dem Bericht der Polizei hervor, dass während der Dauer der Unruhen in Schweidnitz bisher drei Reichsbannerleute, zwei Kommunisten, ein Nationalsozialist und ein Polizeibeamter misshandelt und verletzt wurden. Gegen die Schuldigen wurde ein Verfahren eingeleitet.

SPD. Der sozialdemokratische Parteyausschuss tritt am Donnerstag in Berlin zusammen. Er wird sich vor allem mit dem Ausgang der Reichstagswahlen beschäftigen.

SPD. Stralsund, 8. November (Eig. Drahtg.). Die ungeheuerlichen Strafanträge des Oberstaatsanwalts Dr. Wandesleben im Greifswalder Prozess sind am Dienstag-Nachmittag durch das unter grösster Spannung gefällte Urteil des Schwurgerichts verwirklicht worden. Fünf Angeklagte wurden zu Zuchthausstrafen von fünf bis zehn Jahren verurteilt, fünf erhielten Gefängnisstrafen von drei Monaten bis zu 1½ Jahren, sieben wurden wegen Mangels an Beweisen freigesprochen. Die Verurteilung erfolgte bei den zu Zuchthaus bestrafte Angeklagten wegen vorsätzlicher Tötung, bei den anderen hielt das Gericht schweren Landfriedensbruch vor gegeben. Die Verurteilten sind sämtlich Arbeiter und gehören, soweit sie politisch organisiert sind, der Kommunistischen Partei an.

In kurzer Zeit werden sich 13 Nationalsozialisten wegen schweren Landfriedensbruch vor Gericht zu verantworten haben. Die Anklage erfolgte wegen mehrerer Zusammenstösse, die sich am gleichen Tage ereigneten wie die blutigen Zwischenfälle, die dem jetzt zu Ende geführten Prozess zugrunde lagen.

SPD. Am Mittwoch-Abend um 19 Uhr 10 spricht Paul Löbe über den holländischen Sender Hilversum auf Welle 296 über das Thema "Der 9. November und die Arbeiterschaft".

Der Reichsinnenminister hat die Beschwerde des Sozialistischen Kulturbundes gegen das von dem Reichsrundfunkkommissar Scholz ausgesprochene Verbot des Vortrages abgelehnt. Es bleibt also dabei, dass der Arbeiterschaft das Recht auf den Rundfunk verweigert wird, während die Reaktion den Rundfunk fortgesetzt für ihre Zwecke missbrauchen darf. Die werktätigen Hörer werden es daher begrüßen, dass auf dem Wege über den Arbeitersender in Hilversum der Vortrag gehalten werden kann. Sie werden aus Protest gegen die reaktionäre Haltung der deutschen Rundfunkstellen einmütig Hilversum einschalten.

SPD. Den Haag 8. November (Eig. Dr.)

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei und der niederländische Gewerkschaftsbund veranstalteten am Dienstag in Haag eine Protestkundgebung gegen die reaktionäre Finanzpolitik der Regierung. Etwa 75 000 Menschen, die aus allen Teilen des Landes herbeigeeilt waren, nahmen an der Kundgebung teil. Albarda wandte sich für die Sozialdemokratie, Coopers für den Niederländischen Gewerkschaftsbund in scharfen Worten gegen die Absicht der Regierung, Löhne und Gehälter abzubauen und die Arbeitslosenunterstützung herabzusetzen.

SPD. Der Verfasser der weltbekannten, schweinhischen Röhms-Briefe, Hitlers oberster SA-Führer Röhms, hat den Fleischbeschauer des Dritten Reiches, Herrn Münchmeyer in die Oberste SA-Führung nach München berufen. In diesem Sinne hat er verfügt:

"Bei den Gruppenkommandos sind ab sofort je ein SA-Geistlicher einzustellen. Die Herren Pfarrer müssen Pg. sein und stehen im Range eines Sturmbannführers a. b. V. Bestätigung bzw. Bestallungsurkunde nur durch die Oberste SA-Führung direkt. Bei den Feldgottesdiensten der SA., die möglichst mit Fahneneinweihungen zu verbinden sind, sprechen ab 15.10.1932 nur die SA-Geistlichen. Der Pg. Pfarrer Münchmeyer, M. d. R., wird als Spezialreferent für die Geistlichen in der SA ab sofort in die Oberste SA-Führung berufen."

Der Fleischbeschauer des Dritten Reiches als "Spezialreferent" für Sittlichkeitsfragen und Moral, bestellt von Herrn Röhms, den Freund bolivianischer Negerknaben - das ist die Hitler-Partei! Wie sich die Kirche mit dem "röhmischen" Befehl abfinden wird, protestantische Geistliche unter das Kommando eines wegen Sittlichkeitsvergehen aus der Kirche ausgeschlossenen Münchmeyers zu stellen, wollen wir abwarten. Was der liebe Gott sagen wird, wenn seine Diener die SA-Stürme weihen, bevor sie zum Arbeitermord ausziehen, wissen wir auch nicht. Was wir aber wissen, das ist, dass Sozialdemokraten und Republikaner es ablehnen, für SA-Pfarrer länger Kirchensteuer zu zahlen.

SPD. Oldenburg, 8. Nov. (Eig. Drahtb.)

Der deutschnationalen Bürgermeister von Eutin, Dr. Stoffregen, der dieser Tage von dem Nazi-Regierungspräsidenten in Eutin mit Gewalt seines Amtes enthoben wurde, ist von dem oldenburgischen Nazi-Ministerium am Dienstag wieder eingesetzt worden.

Stoffregen hatte der Naziregierung ein Ultimatum gestellt und mit der

Beschwerde an den Reichsinnenminister gedroht. Diese Drohung hat die Nazihelden und Naziminister zu dem Rückzug veranlasst. In der Nacht zum Dienstag erhielt der Nazi-Regierungspräsident den telegrafischen Befehl, die Forderung des Bürgermeisters von Eutin zu erfüllen. Inzwischen hat Stoffregen gegen den Nazi-Regierungspräsidenten in Eutin Strafantrag wegen Freiheitsberaubung und Nötigung gestellt.

SPD. Hamburg, 8. November (Eig. Drahtb.)

Am Dienstag setzte das Altonaer Sondergericht, vor dem gegenwärtig der Prozess gegen die nationalsozialistischen Handgranatenattentäter verhandelt wird, mit der Vernehmung der Angeklagten fort. Als Verteidiger für die angeklagten SS- und SA-Leute war der berühmte nationalsozialistische Rechtsanwalt und Landtagsabgeordnete Roland Freisler-Kassel erschienen. Das Gericht versuchte die Angeklagten zu Aussagen über die Ausführung der in der Wahlnacht in Schleswig-Holstein verübten Handgranatenanschläge zu bewegen.

In Elmshorn wurde aus einem mit 6 Mann besetzten Kraftwagen eine Stielhandgranate gegen eine Gastwirtschaft geworfen, in der sich das Verkehrslokal und das Parteibüro der KPD befinden. Ausserdem wurden zahlreiche Schüsse auf das Haus abgegeben. Die Handgranate flog bei der Explosion gegen den Bordstein, sodass nur die Fenster der umliegenden Häuser zersprangen. Die angeschuldigten SA- und SS-Leute, durch deren früheres Geständnis die Tat restlos geklärt ist, verweigern jetzt die Aussagen und behaupten, sich der Vorgänge nicht mehr entsinnen zu können.

In Uetersen wurde aus einem Kraftwagen heraus eine Handgranate gegen den Laden der Konsumgenossenschaft Produktion geschleudert, die aber ihr Ziel verfehlte und das Haus eines Arbeiters, der zu keiner politischen Partei gehört, traf. Auch hier ist die Täterschaft durch frühere Geständnisse geklärt. Zwei der Täter, der Abiturient Adler und der Bäckergeselle Dechow, sind flüchtig. Die übrigen Angeklagten verweigern die Aussage oder geben an, mit der ganzen Angelegenheit nichts zu tun zu haben.

Der Anschlag in Barmstedt wurde von dem Führer des zweiten Sturmabteiles Grezesch, der auch die anderen Attentate organisierte, selbst ausgeführt. Er sollte sich gegen ein kommunistisches Parteilokal richten. Der Täter, der auf einem Motorrad vorfuhr, warf die Stielhandgranate aber versehentlich in die Wohnung des Arbeiters Gpptschalk, die sich im Haus neben dem KPD-Lokal befindet. Die Handgranate richtete grossen Sachschaden an. Durch die Explosion wurden zahlreiche Fensterscheiben des Hauses zertrümmert. Der Angeklagte, der diese Tat eingesteht, sagte weiter aus, dass er nach Vollbringung der Tat dem Führer des Motorrades, dessen Namen er nicht nennen will, mit vorgehaltener Pistole Stillschweigen über die Vorgänge der Nacht geboten und ihm bedeutet habe, dass er ein Kind des Todes sei, wenn die Öffentlichkeit etwas erfahre.

Die der Ausführung des Handgranatenanschlages auf den Konsumvereinsladen Produktion in Pinneberg beschuldigten SS-Leute Gerlach und Burmester, die dort in den Mitternachtsstunden des 1. August mit einem Kraftwagen vorfuhren und eine Stielhandgranate gegen das Haus warfen, bestreiten die Täterschaft, obwohl diese durch Aussagen ihrer Kameraden vor dem Untersuchungsrichter feststeht.

Das Attentat in Rendsburg richtete sich gegen das Parteibüro und Verkehrslokal der KPD, auf das zwei Handgranaten geworfen wurden, die durch ein Fenster auf den Tisch der Gastwirtschaft fielen, dort explodierten und grosse Zerstörungen anrichteten. Der SA-Mann Rohweder, der die Handgranate warf, wurde durch herumfliegende Sprengstücke schwer verletzt und von dem Reichstagsabgeordneten Moder und dem Standartenarzt Dr. Först heimlich fortge-

schaft. Gegenwärtig ist er flüchtig. Der weiter an der Tat beteiligte SS-Mann und Zollwachtmeister Plähn ist geständig.

Der Führer des Altonaer SA-Sturmes, Gastwirt Brockmann, der Inhaber einer berüchtigten Nazikneipe ist, wird beschuldigt und durch frühere Aussagen bezichtigt, das Attentat auf ein KPD-Lokal in Altona ausgeführt zu haben. Da aber die zum Werfen der Handgranaten bestimmten SS-Leute das Abziehen der Zünder vergassen, blieben die Handgranaten auf der Strasse liegen, ohne zu explodieren. Ein zweites Attentat, das auf das Altonaer Gewerkschaftshaus geplant war, kam nicht zur Ausführung, da die hierzu bestimmten SS- und SA-Leute in letzter Stunde den Mut verloren. Der Angeklagte bestreitet entschieden, an dem Anschlag beteiligt gewesen zu sein.

Ausführlich erörtert wird noch die Beschaffung der Sprengstoffe, die nach der Anklage der Nationalsozialist Bestmann geliefert haben soll. Der Angeklagte Plähn gibt zu, eines Tages ein grosses Paket mit Sprengstoff in die Wohnung des SA-Mannes Heeschen gebracht zu haben, verweigert aber über die Herkunft des Sprengstoffes und über seine Verwendung die Aussage.

Am Donnerstag soll mit der Beweisaufnahme begonnen werden, für die zunächst 37 Zeugen und drei Sachverständige geladen sind.

SPD. Hildesheim, 8. November (Eig. Dr.)

Vor der hiesigen Strafkammer begann ein grosser Landfriedensprozess gegen 37 Angeklagte, darunter 19 Mitglieder der Eisernen Front, 2 Kommunisten und 16 Nazis. Der Rest ist parteilos. 81 Personen sind als Zeugen erschienen.

Am 10. Juli waren dreitausend Mitglieder der Eisernen Front auf ihren Fahr- und Motorrädern zu einer Sternfahrt aus dem Unterbezirk Hildesheim in Bockelen zusammengelassen. Die Veranstaltung verlief ohne jeden Zwischenfall. Auf dem Heimweg wurden jedoch einzelne Abteilungen angerempelt und überfallen. Das geschah vor allem in Alfeld und in Gross-Ilde, wohin bewaffnete Nazi-Stürme mit Personenkraftwagen mobilisiert worden waren. Die Überfallenen setzten sich mit Latten und Steinen zur Wehr. Es gab auf beiden Seiten Verletzte. Vor Gericht belasten die Nazi-Zeugen die Angeklagten der Eisernen Front und schieben ihnen alle Schuld zu. Auser es ist schon eidlich festgestellt, dass in Alfeld, wo der Hauptüberfall erfolgte, die Nazis in Gruppenkolonnen einmarschiert sind und unter dem Kommando: "SA-Strasse frei" Anhänger der Eisernen Front überfielen.

SPD. Der Preussische Landtag wird nach den Vereinbarungen zwischen Zentrum und Nationalsozialisten nicht vor dem 22. November zusammentreten. Man erwartet, dass bis dahin sowohl über die politische Gestaltung der Dinge im Reich als auch in Preussen eine gewisse Klärung erzielt werden kann. Entsprechende Schritte sind zu diesem Zweck bereits eingeleitet. Das Ziel ist vor allem die Beseitigung des Herrn von Papen.

SPD. Kopenhagen, 8. Nov. (Eig. Drahtb.)

Am Dienstag entstand am Hauser-Platz in Kopenhagen eine Schlägerei zwischen Kommunisten und jungen Sozialdemokraten. Der 20jährige Sozialdemokrat Werner Nielsen wurde von den Kommunisten erschlagen.

SPD. Schwerin, 8. Nov. (Eig. Drahtb.)

Ein unmögliches Urteil fällt am Dienstag die Grosse Strafkammer Schwerin. Es hatten sich zwei SS-Leute zu verantworten, weil sie in der Geschäftsstelle der sozialdemokratischen Zeitung "Das freie Wort" eine Karikatur von Dr. Goebbels zerrissen hatten. In diesem Tatbestand sah die Anklagebehörde ein Verbrechen gegen die Notverordnung gegen den politischen Terror. Der Staatsanwalt beantragte deswegen gegen beide Angeklagte je ein Jahr Zuchthaus. Das Gericht sprach die beiden Angeklagten dagegen frei und fand dafür folgende merkwürdige Begründung: Es wird festgestellt, dass die Nationalsozialisten widerrechtlich in die Geschäftsstelle der sozialdemokratischen Zeitung eingedrungen sind und dass sie das Plakat gewaltsam entfernt haben. Sie sind auch von dem Geschäftsführer aufgefordert worden, das Lokal zu verlassen und sie haben auch dem Geschäftsführer das Plakat entrissen. Trotzdem ist die Strafkammer der Meinung, dass die Angeklagten ihrem Führer Goebbels bewusst Nothilfe leisteten und sie deshalb in Notwehr gehandelt haben. Sie seien demnach freizusprechen. Der Haftbefehl werde mit sofortiger Wirkung aufgehoben.

SPD. Paris, 8. Nov. (Eig. Drahtb.)

Die französische Regierung hat am Dienstag den Budgetentwurf für das Jahr 1933 genehmigt. Der Entwurf soll spätestens am Dienstag in der Kammer eingebracht werden. Der Budgetminister erklärte, das Budget sei ausgeglichen. Aus welchen Mitteln die fehlenden acht Milliarden beschafft worden sind, wird vorläufig nicht mitgeteilt. Nach dem Ministerrat wurde lediglich bekannt, dass die Regierung die Streichung der Pensionen für wiederverheiratete Kriegerwitwen beschlossen habe und ferner eine allmählich steigende Senkung der Beamtengehälter mit Ausnahme der unter 12 000 Francs (2 000 Mark) liegenden Jahresgehälter vorgenommen werden soll. Die Kriegsteilnehmerpensionen sollen dagegen nicht angetastet werden.

SPD. Neubrandenburg, 8. Nov. (E. Drahtb.)

Das Schöffengericht Neubrandenburg verurteilte am Dienstag zwei Redakteure des nationalsozialistischen "Niederdeutschen Beobachters" wegen Verleumdung und Beleidigung des Strelitzer Stahlhelmgäuführers Major a. D. Braun zu je drei Monaten Gefängnis. Ein dritter Redakteur erhielt eine Geldstrafe von 400 Mark bzw. 20 Tage Gefängnis. Die Verurteilung erfolgte wegen gemeinschaftlicher öffentlicher Beleidigung und übler Nachrede. In einem Artikel des nationalsozialistischen Blattes war der Stahlhelmgäuführer sehr heftig angegriffen worden. Er wurde als Denunziant und unwahrhaftiger Mensch bezeichnet, der eine "besondere Eidesauffassung" habe.

SPB. Breslau, 8. November (Eig. Drahtb.)

Am Dienstag wurden vor dem Schweidnitzer Sondergericht die Verhandlungen gegen die Reichenbacher Mordgesellen fortgesetzt.

Die Frau des "Standartenführers" Fuchs gab als Zeugin an, dass sie sich an die fraglichen Vorgänge nicht mehr erinnern könne. Zeuge Hauptmann Müller will den SA-Mann Schmidt nur "zur Erholung" zu sich genommen haben. Von wem Schmidt geschickt worden sei, wisse er nicht. Es sei bei ihm üblich, Gäste freundlich zu bewirten und zu verpflegen. Es wurde aber festgestellt, dass Müller diese Gastfreundschaft ausgerechnet bei Schmidt zum erstenmal geübt hat. Bei der Vernehmung von Frau Müller warf der Staatsanwalt die Frage auf, welche Bewandnis es mit dem für den flüchtigen SA-Mann Schmidt ausgestellten Grenzübertrittsschein nach der Tschechoslowakei gehabt habe. Frau Hauptmann Müller habe bei dem Amtsvorsteher, der den Schein ausstellte, Schmidt als ihren Neffen ausgegeben. Vom Vorsitzenden deswegen befragt, sagt Frau Müller, die Annahme des Staatsanwalts entspreche nicht den Tatsachen. Sämtliche am Dienstag vernommenen Zeugen wurden nicht vereidigt, weil sie unter dem dringenden Verdacht der Begünstigung stehen.

Der Angeklagte Fememörder Heines erging sich wieder einmal in Beschuldigungen gegen Kriminalkommissar Jackenkroll. Dieser habe sich bei der Vernehmung der Frau Müller Uebergriffe zuschulden kommen lassen, die dem Gericht nur unter Ausschluss der Öffentlichkeit mitgeteilt werden könnten. Der zweite Verteidiger der Nazi-Terroristen, Rechtsanwalt Rebitzki-Breslau, bat, von einer Erörterung des angeblich nicht einwandfreien Verhaltens des Kommissars abzusehen, da gegen Jackenkroll bereits ein diesbezügliches Verfahren eingeleitet worden sei.

SPD. Die Vereinigten Ausschüsse des Reichsrats beschäftigten sich am Dienstag mit den Richtlinien für das Rundfunkwesen: das Kulturprogramm, die Satzungen der Reichsrundfunk-Gesellschaft und der einzelnen Sende-Gesellschaften und die Dienstweisungen für die Rundfunkkommissare. Die Vorbesprechungen mit den Ländern hätten, wie sich herausstellte, noch keineswegs eine weitgehende Einigung ergeben, sodass beschlossen wurde, die Beratungen zunächst von einem Unterausschuss fortsetzen zu lassen. Es ist zu erwarten, dass die Beratungen noch in dieser Woche abgeschlossen werden.

Am Donnerstag-Nachmittag um 5 Uhr rindet eine öffentliche Sitzung des Reichsrats statt. Die preussische Staatsregierung dürfte in dieser Sitzung mit einer Erklärung hervortreten, falls die Papen-Barone sich in der Zwischenzeit immer noch nicht zu einer loyalen Durchführung des Leipziger Urteils entschlossen haben sollten.

SPD. Dessau, 8. November (Eig. Drahtb.)

In Dessau fand am Dienstag eine Gläubigerversammlung der Firma Junkers statt, die nach sehr bewegten Verhandlungen mit grosser Mehrheit den von Junkers angebotenen Vergleich annahm.

Alle Forderungen bis zu 500 Mark und die bevorrechtigten Forderungen (Löhne und Gehälter) bis zum Ende dieses Jahres sollen voll befriedigt werden. Die Forderungen über 500 Mark werden bis zum Jahresende mit einer Quote von 40 v.H. befriedigt. Weitere 20 % sollen im Laufe der Jahre 1933 und 1934 beglichen werden. Wenn sich später die wirtschaftliche Lage des Unternehmens bessert, sollen noch einmal 20 % zur Auszahlung gelangen, sodass die Gläubiger in diesem Fall nur 20 % verlieren. Die Barmittel für die Auszahlung des Vergleichs gewinnen die Junkerswerke durch den Verkauf eines Teils der Werke an den Stuttgarter Grossindustriellen Bosch. Er übernimmt zu einem Kaufpreis

von 2 600 000 Mark den Teil des Konzerns, der unter der Firma Junkers & Co. geführt wird (Badeöfen und Wärmeanlagen). Zu den geschädigten Gläubigern zählt auch die Wohlfahrtseinrichtung der Werke. Bei der nicht sehr übersichtlichen Wirtschaft, die im Junkerskonzern eine Zeitlang getrieben worden ist, sind u.a. 26 000 Mark der Arbeiterunterstützungskasse und 23 000 Mark der Wohlfahrtskasse verbuttert worden. Diese Forderungen nehmen im Rahmen der vorgesehenen Quote an dem Vergleich teil.

Mit dem Abschluss des Vergleichs ist wenigstens für die nächsten Jahre die Weiterführung des Junkerkonzerns gesichert. Das ist für die Arbeiterschaft in Dessau von entscheidender wirtschaftlicher Bedeutung.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt:

Der Kreiswahlleiter des Wahlkreises Nr. 26 (Franken) hat dem Reichswahlleiter ein berichtigtes Ergebnis gemeldet, das um 51 981 gültige Stimmen höher ist, als das zuerst gemeldete. Der Anteil der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei an dieser Stimmenzahl beträgt 18 882. Die Berichtigung wirkt sich dahin aus, dass der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei ein weiteres Mandat auf ihrer Reichsliste zufällt. Die Gesamtzahl ihrer Abgeordneten beträgt nunmehr 196; der Reichstag umfasst damit insgesamt 583 Abgeordnete.

+ + +
Die für die Sozialdemokratie in Franken errechnete Stimmenziffer erfährt ebenfalls eine Änderung. Am 6. November wurden in Franken für die Sozialdemokratie 289 222 Stimmen (nicht 278 644 wie gemeldet) abgegeben gegen 313 471 am 31. Juli.

+ + +
Die Bayerische Volkspartei teilt mit, dass sie noch ein 20. Mandat im neuen Reichstag erhält auf Grund der Reststimmen der Wirtschaftspartei in den ausserbayerischen Wahlkreisen, die ihr auf der Reichsliste zugutekommen.

SPD. Breslau, 8. November (Eig. Drahtb.)

Im Reichenbacher Attentatsprozess beantragte der Staatsanwalt am Dienstag-Abend gegen die angeklagten Naziterroristen folgende Strafen:

Wegen versuchten Mordes und wegen Vergehens gegen die §§ 1 und 6 des Sprengstoffgesetzes gegen Polomski 5 Jahre 6 Monate Zuchthaus sowie 5 Jahre Ehrverlust, gegen Wolter 6 Jahre Zuchthaus sowie 5 Jahre Ehrverlust und gegen Wagner eine Gesamtstrafe von 6 Jahren und einem Tag Zuchthaus sowie 5 Jahre Ehrverlust. Wegen Begünstigung forderte der Vertreter der Staatsanwaltschaft für den Gruppenführer der schlesischen SA Heines 10 Monate Gefängnis, für den Stabsführer Hayn 9 Monate und für die Standartenführer Stabs und Rauscher je 6 Monate Gefängnis.

Zur Begründung seiner Strafanträge betonte der Staatsanwalt, dass die Reichenbacher Schreckenstat eine harte Sühne finden müsse. Der Mann, der die Bombe gebracht habe, sei Wolter. Die Angeklagten hätten vermutlich nicht aus eigenem Antrieb, sondern auf Anweisung von oben gehandelt. Bei ihren ersten Vernehmungensei von den Angeklagten bekundet worden, sie hätten das Gefühl gehabt, dass die Partei nach den Vorfällen von Königsberg unter allen Umständen hinter ihnen stehe. Das Geheimnis, das das Attentat auf Paeschke umgibt, sei vorläufig ungeklärt geblieben. Es werde sich wohl überhaupt erst restlos entwirren lassen, wenn es gelinge, den flüchtigen Stabsführer v. Obernitz und seinen Adjutanten Graf Spreti habhaft zu werden.

Der Staatsanwalt hob ferner hervor, dass er zunächst beabsichtigt habe,

gegen Polomski, Wolter und Wagner die Todesstrafe zu verlangen. Nach längerer Nachprüfung sei er jedoch dazu gekommen, den durch § 5 des Sprengstoffgesetzes vorausgesetzten Tatbestand in diesem Falle als nicht gegeben zu betrachten.

SPD. Stockholm, 8. November (Eig. Dr.)

In der gesamten schwedischen Presse wird die Niederlage der Nationalsozialisten als das wichtigste Merkmal der Reichstagswahlen bezeichnet.

In einem "Ein Schritt zum Staatsstreich" überschriebenen Artikel befasst sich das Regierungsorgan "Sozialdemokraten" mit der Situation des Papen-Kabinetts und meint, dass eine Regierung, die sich verfassungswidriger Handlungen schuldig gemacht habe, es möglicherweise sogar auf einen Staatsstreich würde ankommen lassen, "was die deutschen Aktien im Ausland wohl kaum stärken dürfte". Zum Schluss heisst es: "Wir können die Feststellung nicht unterlassen, dass Deutschland unter Papens kurzfristiger Regierungszeit sich von der übrigen Welt effektiv isoliert hat. Wir bedauern bei dieser Gelegenheit die verständnislose Wirtschaftspolitik der Reichsregierung, die besonders eine Trübung der sonst so guten Beziehungen zwischen Schweden und Deutschland zur Folge gehabt hat".

Wenn man berücksichtigt, dass die Tomatenkommission am Mittwoch oder Donnerstag hier eintreffen soll, dann kann man die Worte des führenden Regierungsorgans kaum als glückliches Omen für die bevorstehenden Verhandlungen auffassen.

SPD. Paris, 8. November (Eig. Drahtb.)

Die sozialistische Kammerfraktion hat den Abgeordneten Reynaud beauftragt, die Regierung über die kürzlich beschlossene Inangriffnahme des Baus des 26 500 Tonnen Linienschiffes "Dünkirchen" zu interpellieren. Das neue Linienschiff soll die Antwort auf den Panzerkreuzer "Deutschland" darstellen. Die Fraktion hat ferner beschlossen, in 24 grossen Provinzstädten Vorträge zur Verstärkung der Kampagne für die Abrüstung zu veranstalten.

SPD. Köln, 8. November (Eig. Drahtb.)

In Köln-Mühlheim überfielen etwa zehn uniformierte Hitler-Leute, die mit einem Personenkraftwagen angefahren kamen, einen in Opposition stehenden Nationalsozialisten. Das Nazi-Ueberfallkommando war mit schweren Knüppeln und anderen Mordinstrumenten ausgerüstet. Der Ueberfallene und sein Begleiter wurden schwer misshandelt. Zwei Polizeibeamte retteten sie. Die Täter konnten mit ihrem Auto entkommen.

Schluss des politischen Teils, - Auf Wiederhören

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Der Vorbehalt.

SPD. Die reaktionären Kreise um das Kabinett der Barone herum vertreten die Parole: "Und der Reichstag absolut, wenn er unseren Willen tut!" Sie wollen den Reichstag gnädigst dulden, wenn er nach ihrer Pfeife tanzt. Diese Kreise haben eine ganz besondere Auffassung von der Verfassung und den darin festgelegten Rechten des Reichstags. Sie verstehen die Verfassung so, wie Friedrich Wilhelm IV., der am 31. Januar 1850 die oktroyierte Verfassung beschwor mit folgendem Verfassungseide:

"Sie müssen mir helfen und der Landtag nach Ihnen wider die, so die einstig verliehene Freiheit zum Deckmantel der Bosheit machen und dieselbe gegen ihren Urheber kehren, gegen die von Gott eingesetzte Obrigkeit; wider die, welche diese Urkunde gleichsam als Ersatz der göttlichen Vorsehung, unserer Geschichte und der alten heiligen Männer betrachten möchten; alle guten Kräfte im Lande müssen sich vereinigen in Untertanentreue, die Ehrfurcht gegen das Königtum und diesen Thron, der auf den Siegen unserer Heere ruht, in Beobachtung der Gesetze, in wahrhafter Erfüllung des Huldigungseides, sowie des neuen Schwurs der Treue und des Gehorsams gegen den König und des gewissenhaften Haltens der Verfassung; mit einem Worte: seine Lebensbedingung ist die, dass mir das Regieren mit diesem Gesetze möglich gemacht werde; denn in Preussen muss der König regieren und ich regiere nicht, weil es also mein Wohlgefallen ist, Gott weiss es!, sondern weil es Gottes Ordnung ist, darum aber will ich auch regieren!"

Diese Rede Friedrich Wilhelms IV. vom Januar 1850 könnte als Vorlage für gewisse Reden des Reichskanzlers des Kabinetts der Barone gedient haben! Die göttliche Vorsehung statt der Verfassung, die Untertanentreue, die Bedingung "dass mir das Regieren mit diesem Gesetze möglich gemacht werde" - alles das ist nach 82 Jahren wieder hervorgezogen worden! Die Barone und die hinter ihnen stehende Reaktion sagen heute: "die Lebensbedingung des Reichstags ist die, dass uns das Regieren mit ihm möglich gemacht werde" und die das Kabinett der Barone umgebenden reaktionären Dränger und Verschwörer, dehnen diese Bedingung ungehindert auf die gesamte Verfassung aus!

Sie wollen mit ihr umspringen wie die Reaktion unter Friedrich Wilhelm IV. Sie wollen einen Verfassungseid nur unter Vorbehalt, der jederzeit den Eidbruch zulässt. Sie reden heute vom staatlichen Notstand, um das Kabinett der Barone zum offenen Verfassungsbruch und damit zum Eidbruch zu treiben. Sie sind gelehrige Schüler Friedrich Wilhelms IV. Aber sie mögen sich nicht täuschen: auch das Volk hat nicht vergessen, und hat aus der Geschichte gelernt. Und wenn es die Herren gelüstet, noch einmal 1850 zu spielen, so werden sie ihr blaues Wunder erleben!

Die Methode der Verleumdung.

Gegen den früheren sozialdemokratischen Staatsrat Paul Kiss aus Greiz war von nationalsozialistischer Seite eine klägliche Verleumdung in die Welt gesetzt worden. Es war ihm nachgesagt worden, dass er im Jahre 1918 beim Beginn seiner Staatsrattätigkeit seine Dienstzeit um 7 Monate habe vordatieren lassen, für diese 7 Monate 14 000 Mark erhalten habe, dafür jedoch keinerlei Arbeit für den Staat geleistet habe.

Diese Verleumdung wurde vor allem von einem nationalsozialistischen

Redner namens Rabold vorgebracht, dass sich schliesslich Kiss zur Klage entschloss. Vor Gericht stürzten alle nationalsozialistischen Behauptungen in sich zusammen. Nicht in einem einzigen Punkte konnte der Wahrheitsbeweis erbracht werden, und der Verleumder, der vor Gericht kräftig gestäupt wurde, erhielt schliesslich drei Monate Gefängnis.

Bei dieser Gerichtsverhandlung wurde jedoch auch der Ursprung der Verleumdung vollständig klar. Ein gewisser Referendar Wetzell war der Lieferant des Materials, auf das Rabold sich stützte. Er wurde als Zeuge vernommen und sagt aus, dass ihm "zufälligerweise" im Staatsarchiv Akten in die Hände gefallen seien, die ihn so interessierten, dass er sie abschrieb und dann Rabold übergab, der sie dann gegen seine politischen Gegner ausschlichtete.

Es zeigt sich dabei, dass die nationalsozialistischen Beamten in Thüringen und solche, die es werden wollen, in allen Archiven und Akten schnüffeln, um Material zur Verdächtigung der Sozialdemokratie aufzutreiben. Trotz aller Beflissenheit im Schnüffeln ist jedoch nichts zu finden und so wird schliesslich zur schmutzigen Verleumdung gegriffen. Diese Tätigkeit wird auch andwärts geübt! Die Nationalsozialisten in Preussen haben vor der Wahl kramphafte Versuche gemacht, Material gegen die republikanische Regierung Preussens aufzutreiben, und es hat sich herausgestellt, dass die reaktionäre Verwaltung ihnen behilflich gewesen ist.

Schnüffelei in den Akten, erfundene Behauptungen, wenn sich nichts finden lässt, Verleumdung gegen politische Gegner - das ist die Methode der Reaktion!

Lieber ein Hund!

Im Strafgesetzbuch befindet sich der § 360, Absatz 13. Er lautet:
"Wer öffentlich oder in Ärgernis erregender Weise Tiere boshaft quält oder roh misshandelt, wird mit Geldstrafe bis zu 150 Reichsmark oder mit Haft bestraft."

Dieser Paragraph wurde gegen einen Berliner Hundehändler angewandt, bei dem eine Inspektorin der Deutschen Gesellschaft für Tierrecht einen Bernhardinerhund aufgefunden hatte, der vollkommen entkräftet war und von Schmutz starrete. Der Hundehändler erhielt ein Strafmandat, dagegen erhob er Einspruch, so dass vor Gericht verhandelt wurde. Es wurde ihm vorgeworfen, dass er den Hunden keinen geeigneten Unterkunftsraum gegeben habe, er habe sie in einem fensterlosen Raum hinter dem Laden liegen lassen, auf nassem Stroh voll Ungeziefer und er habe sie nicht genügend gefüttert. Das Gericht hat den Mann zu vier Wochen Haft verurteilt.

Jeder Rundgang durch Berliner Elendsquartiere offenbart, dass es in Berlin Menschen und vor allem Kinder gibt, die nicht besser gehalten werden als die Hunde des Hundehändlers Schulz. Sie hausen in erbärmlichen Räumen, oft voll Schmutz starrend. Auch sie müssen manchmal auf schlechtem Stroh liegen, auch sie haben nicht genügend zu essen, auch sie sind von Ungeziefer gequält!

Aber das Gericht kennt wohl einen Paragraphen, der den Hundehändler bestraft, der seine Hunde so hält wie der Hundehändler Schulz, aber er kennt keinen Paragraphen, der Menschen vor so letztem Elend schützt! Und so ergibt sich die schauerliche Groteske, dass ein Hundehändler bestraft wird, weil er Hunde in unzulänglichen Räumen hat verkommen lassen, während Tausende das Elend der Hunde teilen, ohne dass das Gesetz eingreift! Das Gesetz schützt die Hunde, aber nicht die Menschen. Die Hunde haben es besser als die Menschen!

Die Welt

Panoptikum der Zeit.

SPD. Faschistisches Wettrennen.

Wer schafft den Patenschaftsrekord? Italien und Polen haben den höchsten europäischen Geburtenüberschuss. Natürlich stehen beide Regierungschefs fleißig Pate beim jeweils siebenten Jungen. Zur Zeit liegt Pilsudski mit 320 Patenjungen weit vorn; Mussolini hat es erst auf 260 gebracht. Armer Duce!

+

Um einem dringenden Bedürfnis abzuweichen...

...soll jetzt ein "Reichsverband der Yo=Yo=Spieler" gegründet werden. Die interessante Anregung ging von den zahlreichen Yo=Yo=Klubs aus, die bereits in ganz Deutschland bestehen. Papen hat schon recht: es geht wieder aufwärts!

+

Widrigenfalls -!

Die Ortsfeuerwehr einer norddeutschen Kleinstadt brauchte eine neue Motorspritze. Sie versandte daher folgendes Rundschreiben: "Euer Hochwohlgeboren! Zur technischen Ausgestaltung unserer Feuerwehr ersuchen wir um gütige Zuwendung einer Geldspende, widrigenfalls wir gezwungen wären, ein Konzert zu veranstalten...."

+

Eine neue Börse.

Ein entomologischer Verein in Frankfurt ist auf eine originelle Idee gekommen: er veranstaltet am 13. November eine Insekten=Tauschbörse. Einige Hunderttausend Insekten sollen hier in den Handel gebracht werden. Interessenten vor! Wer will eine Tsetsefliege gegen eine Kreuzspinne einhandeln?

+

Unter, Ober, König, Ass.

Ein immer noch blühendes Geschäft: die Spielkartenindustrie. Sie hat kaum etwas von der Krise gespürt. Vor dem Krieg wurden jährlich 9,5 Millionen Spiele verkauft, 1930/31 wurde eine Rekordhöhe von 10,4 Millionen Spielen erreicht, und selbst 1931/32 wurden immer noch 10 Millionen Spiele abgesetzt. Die Welt kracht in allen Fugen - aber der "Grand mit Vieren" besteht...

+

Arme Millionäre.

Wer mindestens 50.000 Dollar jährlich verdient, zählt in Amerika als Millionär. 1928 gab es davon 43.000, 1929 nur noch 38.000, 1930 kaum mehr als 19.000 und 1931 lediglich 10.000. Für das laufende Jahr rechnet man mit einem weiteren Rückgang auf 6 - 7.000. Es sind also innerhalb von vier Jahren etwa 37.000 Dollarmillionäre verarmt.

+

Mahlzeit!

In Bonndorf im Schwarzwald wird unter anderem eine Geiss versteigert. Sie wartet in gebührendem Abstand vom Tisch des Auktionators auf ihr Schicksal. Da erblickt sie auf einem Aktenbündel etwas Grünes - ihre Lieblingsfarbe. Ohne lang nachzuforschen, ob es sich auch wirklich um ein pflanzliches Produkt handelt, lässt sie den grünen Gegenstand in ihrem Geissenmagen verschwinden.

Als das Tier versteigert werden sollte, kam es zur Katastrophe. Es stellte sich nämlich heraus, dass die ganze Auktion nicht mehr fortgeführt werden konnte, denn die Geiss hatte - das Gerichtsurteil aufgefressen!

+

Wirds helfen?

Bei dem traditionellen Weinlesefest in Neustadt a.d. Hardt wurde unter 1000 Vorschlägen für Weinnamen derjenige gewählt, der den Jahrgang 1932 "Ankurbler" nennt. Leider wird er nur diejenigen ankurbeln können, die sich heute noch den Luxus eines guten Tropfens leisten können. Und gerade die anderen hätten es am nötigsten!

+

Eine Jubilantin.

In Littenweiler feierte dieser Tage ein Fräulein Dr. Mathilde Theyssen ihren 94. Geburtstag. Sie war Europas erste immatrikulierte Studentin und approbierte Aerztin. Vor einem dreiviertel Jahrhundert war sie die Sensation unserer Grossmütter: die Frauen=Emanzipation hat sie als mutiger Pionier eingeleitet.

Ela.

+

+

+

Rund um Tillich. Die Effektenschiebung bei der Berliner Uhlig=Bank, befindet sich im Stadium der gerichtlichen Voruntersuchung. Wie sich durch das berechtigte Misstrauen des Bankiers Georg Uhlig herausgestellt hat, handelt es sich bei den Effekten, die Uhlig veräußern sollte, um Papiere, die als Auslandsabgänge abgemeldet worden waren - eine Entdeckung, die vermutlich noch strafrechtliche Folgen haben dürfte.

Geheimrat Tillich aus dem Preussischen Wohlfahrtsministerium - der Mann über dessen Konto die verbotenen Geschäfte liefen - ist ein alter Deutschnationaler, während die anderen Beteiligten, die das Bankkonto des Herrn Geheimrats zu ihren schiefen Devisenzwecken missbrauchten, sämtlich Mitglieder der NSDAP sind. Tillich ist durchaus das, was man allgemein als einen Mann der "alten Schule" bezeichnet: seine Karriere begann er im Dienste der Kaiserin, später kam er in den eigentlichen Staatsdienst, wobei er stets durch seine ausgesprochen kaufmännische Einstellung auffiel. Der deutschnationale Schieber gibt an, dass er die Absicht gehabt hätte, die aus dem Effektenverkauf erlösten Gelder "für nationale Zwecke im Sinne der Regierung Papen" zu verwenden. Ein Teil des auf widerrechtliche Weise erworbenen Verdienstes aus dem geplanten Effektenverkauf in Höhe von $3\frac{1}{2}$ Millionen Mark (zustande kam bis zum Aufliegen der Affäre erst ein Verkauf von 700 000 Mark) sollte angeblich dem "Deutschen Arbeitslosenverband" zugeführt werden. Nur hat der Verband nie etwas bekommen.

Mit beteiligt an der Schiebung ist der gleichfalls verhaftete, aus der Vorkriegszeit bekannte Dr. Borchart: Syndikus und Vertrauter des jungen Thyssen bis zu dem Tage, an dem der junge Mann seinen Arbeitgeber öffentlich ohrfeigte; Borchart ist verantwortlich für den Zusammenbruch der Luisenstädtischen Genossenschaftsbank, die gelegentlich der Hoefle=Kredite im Mittelpunkt der Diskussion stand. Er ist seit kurzer Zeit, trotz seiner jüdischen Abstammung, aktives Mitglied des Wirtschaftsbeirates der Naziartei.

+

+

+

Die letzte Fahrt. Die von ihrem Ehemann erschossene Berliner Sängerin Gertrud Hindernagel wird am Donnerstag Nachmittag beigelegt werden. Mittwoch nacht veranstaltet die Charlottenburger Oper, der die Künstlerin als hervorragendes Mitglied angehörte, eine interne Gedächtnisfeier; eine weiterhin geplante öffentliche Gedenkfeier soll der hinterbliebenen Tochter und Mutter Geldmittel verschaffen.

+

+

+

Kinderprostitution! Von der 12. Grossen Strafkammer des Landgerichts I in Berlin wurden wegen Sittlichkeitsverbrechen der 63 Jahre alte Artist Haffke zu vier Jahren Zuchthaus, der 54 Jahre alte Techniker Dunkel zu zwei Jahren Zuchthaus, der 48 Jahre alte Arbeiter Kistemacher zu drei Jahren Zuchthaus und der 48jährige Schneider Rothe zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt.

Es gibt in Berlin eine Kinderprostitution! - das ist nach dem Plädoyer des Staatsanwalts ebenso wie nach dem Verlauf der Beweisaufnahme das Ergebnis dieser erschütternden Verhandlung, in der eins der traurigsten Kapitel der grosstädtischen Sitten- und Sozialgeschichte zur Sprache kam. Die sechs Angeklagten, die sämtlich vorbestraft sind (Haffke nicht weniger als 25 Mal!), machten sich im Humboldthain an Mädchen im Alter von 10 bis 13 Jahren heran und verleiteten sie durch Geldgeschenke dazu, ihnen zu Willen zu sein. Als Zutreiberin diente ihnen eine Frau Herta Hecht, die flüchtig ist.

Die Angeklagten versuchten sich zu "verteidigen", indem sie behaupteten, dass die Kinder sie angebittelt und "verleitet" hätten; dass sie falsche Altersangaben gemacht hätten; dass häusliche Armut sie schon vorher zur Anknüpfung von Männerbekanntschaften gebracht habe. Die Zeugenvernehmung ergab ein wesentlich anderes Bild.

+ + +
Der Tod im Weinkeller. In Hatzenfort an der Mosel wurde ein 40 Jahre alter Winzer in seinem Weinkeller durch Gär-gase betäubt. Seine Mutter, die ihn ins Freie schaffen wollte, wurde gleichfalls bewusstlos. Als am andern Morgen im Hause des Winzers noch Licht brannte und Nachbarn Nachforschungen anstellten, fanden sie die Leichen von Mutter und Sohn.

+ + +
Schuss in der Schule. Während einer Unterrichtsstunde in der 3. Klasse der Dortmunder Klosterschule krachte plötzlich ein Schuss. Es stellte sich heraus, dass ein elfjähriger Schüler mit einem Revolver "gespielt" hatte. Erfreulicherweise blieb das Geschoss im Tornister des Nebenmannes stecken. Der Revolver enthielt noch vier Schuss...

+ + +
Opfer des Verkehrsstreiks. Vor dem Sondergericht Berlin-Moabit - Vorsitzender Landgerichtsdirektor Tolk - werden in diesen Tagen eine Reihe von Prozessen geführt, die die während des BVG-Streiks verübten Tumulte zum Gegenstand haben. Die Verhandlung, die am Dienstag nachmittag begann, wurde nach einigen Stunden auf Freitag vertagt: es soll ein Sachverständiger gehört werden.

Die beiden Angeklagten, Arbeiter Weidmüller und Schlosser Grüner, werden beschuldigt, am 5. November in der Greifswalder Strasse in und auf die Schienen der Strassenbahn Steine gelegt zu haben. Das Verbrechen der Transportgefährdung, das damit nach der Anklage vorliegt, wird nicht von den Bestimmungen der Terrornotverordnung betroffen, aber auch nach den üblichen Strafbestimmungen mit Zuchthaus bestraft. Der Angeklagte Weidmüller behauptete, dass er sich bei seiner Tat nicht bewusst gewesen sei, dass durch sie Menschenleben gefährdet werden können. Er will nur die Absicht gehabt haben: "der Führer der Strassenbahn sollte anhalten". Der Vorsitzende fragte nach dem Motiv der Tat - der Angeklagte antwortete: "Das ist wegen der ganzen Lebenslage der Menschen und der grossen Arbeitslosigkeit. Die Lebensverhältnisse sind ja so, dass man gar nicht arbeiten kann". - Vors.: "Sie wollten also, dass niemand den Streikenden in den Rücken fällt." - Der andere Angeklagte bestritt, sich überhaupt schuldig gemacht zu haben; gegen seine Darstellung sprechen Zeugenaussagen. Als Unklarheit darüber entstand, ob der gefährdete Strassenbahnwagen gegebenenfalls hätte entgleisen müssen, gab der Vorsitzende dem Antrag des Verteidigers auf Ladung eines Sachverständigen statt.



Die spanischen Gewerkschaften.

Ihr erster ordentlicher Kongress nach der Revolution.

SPD. Der Nationalkongress des Spanischen Gewerkschaftsbundes (Union General de Trabajadores), der vor kurzem in Madrid tagte, hatte ein schweres Stück Arbeit zu bewältigen. Die spanischen Gewerkschaften befinden sich in einem organisatorischen Umbau, der ähnlich wie in andern Ländern auf die Schaffung starker Zentralverbände abzielt. Dieser Umbau muss durchgeführt werden zu einer Zeit, wo die Bewegung gezwungen ist, auch dem Drang der Arbeiterschaft zu praktischen sozialpolitischen Erfolgen Rechnung zu tragen: die grossen sozialpolitischen Fragen, die heute die internationale Arbeiterbewegung beschäftigen, standen auch auf dem Madrider Kongress im Vordergrund. Und wie überall, wo der Arbeiter die Möglichkeit hat, unter Umständen einen direkten Einfluss auf die Leitung der Regierungsgeschäfte auszuüben, so ist ganz besonders die Sturm- und Drangperiode der spanischen Gewerkschaften von dem Meinungsstreit über die Frage der politischen Taktik erfüllt. Ueber die vielumstrittene Frage der Mitarbeit der Sozialisten an der Regierung gab es in Madrid grosse Debatten.

Die Union zählt nach der offiziellen Statistik des Jahres 1932 insgesamt 1 041 539 Mitglieder. Das ist etwa das Fünffache der Mitgliederzahl des Jahres 1930. Wie in Deutschland so nahm auch in Spanien rein zahlenmässig der organisatorische Aufstieg nach der Revolution ein stürmisches Tempo an. Während der Diktator Primo de Riveras betrug die Mitgliederzahl noch 210 567 (1928). Gegenwärtig sind organisiert 971 072 Männer, 41 948 Frauen und 25 539 Jugendliche. Ausser der einen Million eingeschriebener Mitglieder kann man, wie Cordero, der bisherige Vorsitzende des Exekutivkomitees, in seiner Eröffnungsrede feststellte, auch noch mit einer halben Million sympathisierender Arbeiter rechnen. Man hatte einen starken Zuwachs nach dem Umsturz erwartet. Der Anstieg der Mitgliederziffern war jedoch so stürmisch, dass die organisatorische Neugestaltung, die zwangsläufig nun folgen muss, naturgemäss mit Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Die organisatorischen Mängel traten in den Rechtfertigungsberichten der einzelnen Gewerkschaftsführer stark zutage. Der Kongress hat durch die Annahme verschiedener Statutenänderungen den Weg zum Aufbau kräftiger Zentralverbände frei zu machen versucht. Bei Neuaufnahmen von Gesamtformationen sollen anstatt der Kleinverbände möglichst nur Zentralverbände dem Bund angegliedert werden. Bei Berufsgruppen oder freien Berufen, die nicht einer nationalen Spitzenorganisation angehören, werden Ausnahmen gestattet. Die Neuorganisation bei Wingleiederung von Mitgliedern in Berufsverbände soll nicht mehr nach dem Ort der Arbeit, sondern nach der Art des Betriebs erfolgen. Man sieht, die spanische Gewerkschaftsbewegung hat organisatorisch noch viel nachzuholen. Eigentlich gibt es zur Zeit nur zwei grosse Gewerkschaften, die bereits eine zentrale Zusammenfassung der Kräfte aufzuweisen haben: die Landarbeiter und die Eisenbahner. Begreiflich, dass auch politisch der Einfluss dieser Arbeitergruppen in der spanischen Arbeiterbewegung zur Zeit besonders stark hervortritt.

Auch in Spanien gibt es Arbeitslosigkeit. Am 30. Juni d. J. gab es insgesamt 446 263 Arbeitslose, von denen 276 108 gewerkschaftlich organisiert

waren. Kein Wunder also, wenn auf dem Kongress in der sozialpolitischen Debatte vor allem der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit die Hauptrolle spielte. Der Kongress sprach sich zur Hebung der wirtschaftlichen Rüstung des Landes für ein umfassendes Programm öffentlicher Arbeiten (Eisenbahnen, Strassen, Häfen usw.) aus. Er forderte die sofortige Durchführung der Agrarreform, sowie die Annahme eines Gesetzes, wonach die Schliessung einer Fabrik als Krisenmassnahme nur nach Prüfung durch eine paritätische Kommission erfolgen darf. Weiter forderte der Kongress die Einführung der gesetzlichen 40-Stundenwoche und die Kürzung der Arbeitszeit auf 30 Stunden in gefährlichen oder gesundheitsschädlichen Betrieben sowie für jene Berufe, in denen die Maschinen die Handarbeit ersetzt haben. Im übrigen bringt das sozialpolitische Programm des Kongresses im allgemeinen die Forderungen, für die die deutsche Gewerkschaftsbewegung zum Bannerträger geworden ist.

Das Kernstück der Kongressarbeit lag in der Erörterung der Taktik, die die spanischen Gewerkschaften in der nächsten Zeit verfolgen wollen. So mancher Hoffnung, die die Revolution geweckt hat, ist zunächst eine Enttäuschung gefolgt. Kein Wunder, wenn die Zahl derer, die die Frage der Beteiligung der Sozialisten an der Regierung skeptisch beurteilen, zugenommen hat. Wohl erhielt die bisherige Führung des Bundes unter Cordero ein klares Vertrauensvotum, trotzdem wurden jedoch weder Cordero, der bisherige Vorsitzende, noch Carillo, sein Stellvertreter, wiedergewählt. Die Neuwahl der Leitung des Bundes brachte die Gruppe, die die Politik der Zusammenarbeit mit den Bürgerlichen ablehnt, ans Ruder. Geführt wird diese Gruppe von Besteiro, dem Parlamentspräsidenten, Saborit, dem zweiten Bürgermeister von Madrid, Trifon Gomez, dem Führer der Eisenbahner, und Lucio Martinez, dem Vorsitzenden des Landarbeiterverbandes. Sie waren schon bei Ausrufung der Republik gegen eine Mitarbeit der Sozialisten an der Regierung. Jargo Caballero, der bisher als Generalsekretär der Führung des Bundes angehörte, wurde wohl wiedergewählt, er verzichtete jedoch zusammen mit drei Freunden seiner Richtung auf die ihnen durch die Neuwahl bestimmten Posten. Wie die damit entstandenen Schwierigkeiten aus der Welt geschafft wurden, ist im Augenblick noch nicht festzustellen, da soeben erst der Uebergang der Aemter erfolgt ist, und eine Nachricht hierüber noch nicht vorliegt.

Besteiro und seine Gruppe lehnen selbstverständlich wie Caballero jeden Spaltungsgedanken auf das entschiedenste zurück. Besteiro wird von allen, die ihn kennen, als zuverlässiger und anständiger Charakter geschildert. Auch hat der Verlauf des Kongresses wiederholt eine gefestigte Disziplin geoffenbart, sodass mit irgend welchen ernsthaften Komplikationen durch die Umgruppierung der Führung nicht zu rechnen ist. Das ergibt sich auch aus der Kongressdebatte über das Verhältnis der Gewerkschaften zur sozialistischen Partei. Die Willenserklärung des Kongresses zu dieser Frage lautet: der Bund basiert auf den gleichen Grundsätzen wie die sozialistische Partei, und beide Organisationen werden gemeinsam handeln, wenn das für notwendig erachtet wird.

SPD. Die Arbeitsmarktlage im Reich weist nach dem Bericht der Reichsanstalt vom 16. bis einschliesslich 31. Oktober rein zahlenmässig eine Besserung auf. Die Meldungen der Arbeitsämter ergeben für Ende Oktober 1932 eine Gesamtzahl von rund 5 109 000 Arbeitslosen. Damit ist die Steigerung der Arbeitslosigkeit, die der Bericht über die erste Hälfte dieses Monats aufwies, fast völlig ausgeglichen. Gegenüber Ende September mit einer Arbeitslosenzahl von 5 103 000 ergibt sich nur eine ganz geringfügige Zunahme. Im Vorjahre war die Zahl der Arbeitslosen zwischen den beiden Stichtagen von Ende September und Ende Oktober im ganzen um rund 269 000 gestiegen.

Die arbeitsmarktpolitische Bedeutung der Zahlen wird durch die Gegen-

Überstellung der Entwicklung in den Saisonarbeitsberufen und derjenigen in den übrigen Berufsgruppen etwas aufgehellt. Während nämlich in den Saisonarbeitsberufen die Zahl der Arbeitslosen in der zweiten Hälfte Oktober weiter, und zwar um rund 25 000 zugenommen hat, ist sie in den überwiegend von der Konjunktur abhängigen Berufsgruppen um rund 66 000 gefallen. In der Vergleichszeit des Vorjahres dagegen stieg die Arbeitslosigkeit in allen Berufsgruppen, da sich mit einer wesentlich stärkeren saisonmässigen Verschlechterung noch ein konjunkturelles Absinken verband.

Im freiwilligen Arbeitsdienst waren Ende Oktober etwa 250 000 junge Menschen beschäftigt, also noch um etwa 40 000 mehr als Ende September. Ihre Zahl ist in der angegebenen Gesamtzahl der Arbeitslosen enthalten. Die Zahl der Notstandsarbeiter hat mit schätzungsweise 90 000 Ende Oktober den Stand vom Vormonat noch etwas überschritten.

In der Arbeitslosenversicherung wurden am 31. Oktober rund 582 000, in der Krisenfürsorge rund 1 139 000 Arbeitslose betreut. Gegenüber dem letzten Stichtag hat sich nur die Zahl der Krisenunterstützten verändert; sie ist um rund 36 000 zurückgegangen. In der öffentlichen Fürsorge wurden rund 2 141 000 Wohlfahrtserwerbslose unterstützt, die von den Arbeitsämtern als solche bis zum Stichtag anerkannt waren, d.h. rund 94 000 mehr als bei der letzten, Ende September durchgeführten Zählung.

+ + +

Die Arbeitslosenzahl sinkt also. Ein wirklicher Erfolg des Belebungs-experiments liegt aber in dem zahlenmässigen Abstieg der Arbeitslosigkeit nicht. Wir können uns über diesen Erfolg nicht freuen; denn die Einstellung erfolgt zu Löhnen, die unter jeder Kritik sind. Der Unterschied zwischen Lohn und Unterstützung ist total verwischt. Wie lange arbeiten denn die Neueingestellten? In der Mehrzahl der Fälle so kurz, dass nur eine ganz jämmerliche Gesamtentlohnung für sie pro Woche herauskommt. Es ist ein Trugschluss, von einer Belebung zu sprechen, wenn der Arbeiter nur zu einem Lohn beschäftigt wird, der eigentlich nichts anderes darstellt als eine Arbeitslosenunterstützung.

Auf der andern Seite muss die Regierung nun schleunigst Folgerungen aus den neuen Zahlen ziehen. Wenn die Arbeitslosigkeit nachlässt, dann muss so rasch wie möglich das an den Arbeitslosen begangene Unrecht wieder gut gemacht werden. Die Sechswochenfrist der Arbeitslosenversicherung, nach der die Hilfsbedürftigkeitsprüfung einsetzt, muss gestrichen werden; ebenso muss die Dauer der Unterstützung, die im vorigen Jahr zuerst auf 20, dann auf 16 Wochen herabgesetzt wurde, wieder auf 26 Wochen erhöht werden. Und schliesslich darf man nicht nur jedem 10. Arbeitslosen einen kleinen Winterzuschlag geben und 9 leer ausgehen lassen, sondern auf der ganzen Linie ist eine fühlbare Erleichterung zu schaffen.

An die Arbeitslosen muss zuerst gedacht werden. Das gilt auch bei der Verwendung der Überschüsse der Reichsanstalt. Man will sie benutzen, um den Gemeinden aus den Schwierigkeiten zu helfen. Allein die Beiträge, die gezahlt worden sind, dürfen von rechts wegen nur dazu benutzt werden, um die Arbeitslosenversicherung in ihrer ursprünglichen Gestalt, d.h. als Versicherung wieder herzustellen. Wenn den Gemeinden geholfen werden soll - und wir haben garnichts dagegen, dass ihnen geholfen wird - dann muss das auf andern Weg geschehen.

SPD. Die Bergarbeiterlöhne im Saargebiet sollen bestehen bleiben, obwohl beabsichtigt war, sie zu senken. Der französische Arbeitsminister hatte den Plan zur Senkung der Löhne gebilligt, die Grubenverwaltung hat jedoch den Gewerkschaften des Saargebiets mitgeteilt, dass sie die bisherigen Löhne behalten werde, obgleich das ein weiteres Defizit zur Folge habe.

Katastrophe des Kraftverkehrs.

Die Liebesgabenpolitik der Sozialistentöter führt zum Zusammenbruch der Kraftverkehrswirtschaft.

SPD. Als die politische Reaktion und der Konzern- und Trustkapitalismus nach dem Wahlsieg der Sozialdemokratie im Mai 1928 ihren planmässigen Angriff auf die Mitwirkung der Arbeiterschaft in Staat und Wirtschaft begannen, begründeten sie ihre Aktion damit, dass die sozialdemokratische Politik die Wirtschaft ruiniere. An dieses Ammenmärchen glaubten Millionen und leider glauben noch heute Millionen daran. Wie die Wirtschaftsführung der Rechtsregierungen, die nach dem Kabinett Hermann Müller kamen, aussieht, beweist die Tragödie unserer Kraftverkehrswirtschaft. Ungefähr die Hälfte aller steuerpflichtigen Fahrzeuge, etwa 400 000 bis 500 000, sind in diesem Winter stillgelegt. Die deutsche Kraftverkehrswirtschaft steht vor dem Ruin.

Im Anfang des Jahres 1930 stand der Benzinimportpreis auf 12 Pfennig; er sank bis Ende Oktober 1932 auf 5,5 Pfennige. Die Zapfstellenpreise für Benzin stiegen jedoch im deutschen Durchschnitt während dieser Zeit von 32 auf 39 Pfennige. Die Belastung durch Zoll und Steuern erhöhte sich von 5,6 Pfennigen auf 17 Pfennige. Dazu kam die Belastung durch die Spritabgabe, eine reine Liebesgabe für die Grossagrarien, die von Sommer 1930 bis Herbst 1932 von 1,5 auf 3 Pfennig pro Liter anstieg. Das Liter Benzin ist in Deutschland mit rund 700 % Abgaben belastet. Die gesamte Belastung des deutschen Automobilmus beträgt gegenwärtig 500 Millionen Mark (275 Millionen Zölle und Steuern, 45 Millionen Spritliebesgaben und 180 Millionen Kraftfahrzeugsteuer). Das muss das Ende der deutschen Kraftverkehrswirtschaft sein. Dabei wurde diese Zoll- und Steuerpolitik von den bürgerlichen Regierungen, die nach dem Kabinett des Sozialdemokraten Hermann Müller kamen, nicht betrieben, um die Staatskassen zu füllen, sondern um an die chemische und Montanindustrie und die Grossagrarien Liebesgaben zu gewähren.

Man hat in letzter Zeit versucht, die Dinge irgendetwas zu reparieren, z.B. durch Ermässigung der Kraftfahrzeugsteuer. Man hat aber wieder davon abgesehen, weil man einsah, dass man so die Dinge nicht reparieren kann. Die berühmten Wirtschaftsführer in Deutschland, die der Sozialdemokratie immer vorgeworfen haben, sie könnte mit wirtschaftlichen Dingen nicht umgehen, stehen vor dem Bankrott. Immer lauter wird der Ruf nach einem Benzinmonopol, das die Sozialdemokratie nun schon seit Jahren fordert. Der Ruf hat sich verstärkt, seitdem die grossen Benzinproduzenten in einer Benzin-konvention zusammengeschlossen sind, deren Pläne dahin gehen, den Benzinpreis weiter zu erhöhen. Von Bedeutung ist wohl, dass "Der deutsche Volkswirt", der sich sonst streng privatkapitalistisch gibt, in seiner letzten Nummer einen Artikel veröffentlicht, der rücksichtslos für ein öffentliches Benzinmonopol eintritt.

In diesem Artikel heisst es, dass es gewiss unpopulär sei, der Wirtschaft jetzt neue Fesseln aufzuerlegen. Aber eine freie und ungehemmte Konkurrenz habe letzten Endes die Preise für die Verbraucher verteuert; alle Gruppen seien des Konkurrenzkampfes müde und würden sich auf dem Rücken des Verbrauchers auf einem hohen Preisniveau einigen. Anstelle der freien Konkur-

renz sei heute schon ein straff organisiertes Kartell getreten, dessen Preise und sonstige Bedingungen genau so streng eingehalten werden wie die eines Monopols. Alle Nachteile, die ein Vertriebsmonopol nach Ansicht seiner Gegner haben kann, seien also tatsächlich bei der heutigen Form des Privatmonopols in Gestalt eines Kartells wirklich eingetreten, ohne das man dafür die Vorteile eines Monopols eingetauscht hätte. Es sei weder die Einheitlichkeit des Betriebsstoffes im ganzen Reichsgebiet, noch eine vernünftige Staffelung der Preise in den verschiedenen Zonen durchgeführt worden, noch seien dem Reich auch nur Bruchteile der bei der Einführung eines Monopols möglichen Einsparung in Höhe von 150 bis 200 Millionen Mark zugeflossen. Die Ersparnisse, die ein Monopol in Deutschland mit Leichtigkeit erzielen könnte, würden von dem Kartell in seiner heutigen Form deshalb nicht gemacht, weil sich die einzelnen ihm angeschlossenen Firmen dagegen sträuben, ihren Vertriebsapparat zusammenzulegen. Andererseits treten die erzielten Gewinne in Deutschland überhaupt nicht in Erscheinung, weil sie in Form von höheren Abrechnungspreisen, die den deutschen Vertriebsgesellschaften von ihren ausländischen Muttergesellschaften gemacht werden, diesen - also den ausländischen Gesellschaften - direkt zufließen, oder sie werden dazu benutzt, um übermäßige Abschreibungen auf die Anlagewerte in Deutschland durchzuführen.

Damit wird nur bestätigt, worauf die Sozialdemokratie schon seit Jahren hinweist. Die Dinge sind aber heute so weit gediehen, dass wir gar nicht mehr vor der Wahl stehen, ein öffentliches Benzinmonopol einzuführen oder nicht. Die Frage heisst heute: Untergang unserer Kraftverkehrswirtschaft oder öffentliches Benzinmonopol?

SPD. Die Berliner Börse erlebte am Dienstag eine verspätete Wahlhausse. Nachdem die Börse am Montag zweifellos nicht wusste, was sie mit dem Wahlergebnis vom 6. November anfangen sollte, hat sie sich am Dienstag darauf besonnen, auch aus dieser Blüte Honig zu saugen. Da mit Käufen vor der Wahl zurückgehalten wurde und Geld augenblicklich vorhanden ist, andererseits aber der enge Markt und der kleine Umsatz gerade dazu provozieren, Haussen zu entfesseln, holte die Börse am Dienstag das nach, was sie am Montag versäumt hatte. Die ganze Bewegung ist durchaus spekulativ. Zu bedauern ist nur, dass sich ein spekulatives Abenteuerertum vor allem auf den festverzinslichen Märkten austobt, die am Dienstag zu reinen Spielmärkten wurden. Pfandbriefe stiegen um 4 % im Kurs. Auch Kommunalobligationen konnten um 4 % anziehen. Schuldbuchforderungen zogen um 1 % an; bei Staatsanleihen sind Steigerungen um 2 % festzustellen. Am Aktienmarkt stiegen die Kurse ebenfalls. Siemens gingen von $116\frac{1}{2}$ auf $122\frac{3}{4}$ herauf; I.G. Farben, um nur einige Standardwerte zu nennen, notierten mit $98\frac{1}{2}$ nach $96\frac{1}{4}$.

Man hat nachträglich den Versuch gemacht, die Dienstaghausse durch "bessere Berichte aus der Industrie" zu begründen. Dabei bezieht man sich auf die Berichte der Chemnitzer und der Bielefelder Handelskammer. Wir können mit bestem Willen in diesen Berichten nichts entdecken, was die ziemlich ausgedehnte Hausse an der Berliner Börse rechtfertigen könnte. Die Bielefelder Handelskammer z.B. kann von den Leinwebereien ihres Bezirks nur berichten, "dass Veränderungen gegen den Vormonat kaum zu verzeichnen sind, dass die saisonmässige Belebung hinter den gehegten Erwartungen zurückbleibt und dass die Händler vielfach mit der Erteilung von Aufträgen noch zurückhalten, um die politischen Ereignisse der letzten Zeit abzuwarten". Wenn einige Fabriken gut beschäftigt sind, so ist das darauf zurückzuführen, "dass sie dem Verlangen weiter Bevölkerungsschichten nach billigster geringwertiger Ware besonders Rechnung tragen". Die Handelskammer Chemnitz stellt

für die Wollwarenfabrikation fest, "dass man abgesehen von den Saksenaufträgen von einer Belebung des Geschäfts nicht reden kann. Besonders ruhig liegt das Exportgeschäft. Die geplanten Kontingentierungsmassnahmen werden allenthalben mit Sorge verfolgt". Die Mitteilungen der beiden Handelskammern sind grundsätzlicher Natur. Wenn die Kaufleute gegenwärtig zurückhalten, so ist das Ausdruck jener Unruhe und Unsicherheit, die die Papensche Politik in die Wirtschaft hineingetragen hat. Diese Unruhe ist das Schlimmste, was eine Wirtschaft treffen kann, die wieder zum Leben erweckt werden soll. Andererseits hält die schwebende Kontingentierungsfrage die Exportindustrie unter Druck, soweit sie überhaupt Möglichkeit hat, noch nennenswerte Aufträge aus dem Ausland hereinzuholen. Im übrigen wird die Lage durch den Hinweis der Bielefelder Handelskammer auf die geringe Kaufkraft der Bevölkerung gekennzeichnet, die aber auch weiterhin Attentaten durch die Papensche Lohnraubnotverordnung ausgesetzt ist.

Auch wenn man die Besserung in der Montanindustrie nicht vorzugsweise auf die Russenaufträge, die Deutschland vorerst ja mal selbst bezahlt, zurückführen will, sondern auf die Marktlage an sich, genügt das nicht, um eine Börsenhausse zu rechtfertigen. Angesichts der am Dienstag erfolgten umfangreichen Kurssteigerungen und der ganzen wirtschaftlichen Situation halten wir grösste Zurückhaltung für geboten, auch auf den Rentenmärkten; um Enttäuschungen im breiten Publikum zu vermeiden, die sich nachher ganz bestimmt einstellen werden, wenn die natürlichen Rückschläge kommen und wenn z.B. die grossen Hypothekenbanken nicht daran denken, den Kurs zu pflegen und des Angebot an Pfandbriefen aufzunehmen. Unbegreiflich ist uns auch das Verhalten des Börsenkommissars, der angesichts der unbegründeten Hausse am Dienstag sicherlich die Pflicht gehabt hat, einzugreifen und zu repartieren. Er hat aber - gleichgültig aus welchen Gründen - nicht eingegriffen und die Kurse in den Himmel schiessen lassen. Das dicke Ende kommt hinterher und wird die natürliche Wirtschaftsbelebung schwer hemmen.

Berliner Viehmarkt.

(8. Nov.)

SPD. Der Auftrieb an Schweinen stellte sich auf etwa 9 800 Tiere und genügte nicht ganz. Bei glattem Handel zogen die Preise in allen Klassen an. Scharfen Zug nach oben zeigten auch die Hammelpreise. Hier dürfte die Preisbewegung auch auf nicht genügendes Angebot zurückzuführen sein. Auf dem Kälbermarkt war bei anziehenden Preisen glattes Geschäft. Auf dem Rindermarkt war das Angebot zu klein ausgefallen.

Notierungen: Schweine: a) über 300 Pfund 46 (-), b) 240 - 300 Pfund 45 - 46 (42-43), c) 200 bis 240 Pfund 44 - 45 (40-42), d) 160 - 200 Pfund 40 - 43 (37 - 39), e) 120 - 160 Pfund 37 - 39 (34-35), Sauen 38 - 40 (36-37). Kühe: a) - (24-25), b) 20 - 23 (19 - 23), c) 16 - 18 (16-18), d) 10 - 15 (10 - 15). Kälber: b) 45 - 52 (40-48) c) 35 - 48 (30-43), d) 18 - 28 (16-25). Schafe: a) - (25-26), b) 32-33 (28-30), c) 28 - 30 (24-27), d) 16-25 (14 - 22).

Es wird gestützt.

(Berliner Getreidebörse vom 8. November.)

SPD. Die Stützungsstellen setzten am Dienstag ihre Tätigkeit am Terminmarkt fort und erzielten für Roggen um 1 bis 1½ Mark und für Weizen um 1 Mark höhere Preise. Maiweizen konnte sich um 2½ Mark verbessern. Auf dem romptmarkt hat sich die Situation vielleicht insofern verändert, als das Angebot aus der Landwirtschaft noch geringer geworden ist. Da das Mehlgeschäft aber stockt und nur für den laufenden Bedarf gekauft wird, wurden für beide Brotgetreidearten nur um 1 Mark höhere Preise angelegt. Am Lieferungsmarkt überwog das Angebot.

	7.11.	8.11.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	197 - 199	198 - 200
Roggen	156 - 158	156 - 158
Braugerste	170 - 180	170 - 180
Futter- und Industrierogerste	162 - 169	162 - 169
Hafer	132 - 137	132 - 136
Weizenmehl	24,00 - 27,25	24,00 - 27,25
Roggenmehl	20,50 - 22,60	20,50 - 22,60
Weizenkleie	9,00 - 9,40	9,00 - 9,40
Roggenkleie	8,25 - 8,60	8,25 - 8,60

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Dezember 209 (Vortag 208), März 212 (210½), Mai 215½ (213). Roggen Dezember 167 (166), März 170 (169), Mai 172 - 172½ (171). Hafer März - (138).

Rauhfutternotierungen.

(8. Nov.)

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)	Rh	0,65 - 0,80
" " Weizenstroh	Rh	0,45 - 0,60
" " Haferstroh	Rh	0,45 - 0,60
" " Gerstenstroh	Rh	0,45 - 0,60
Roggen=Langstroh, 2 mal mit Stroh gebündelt	Rh	0,70 - 0,95
Bindfadengepresstes Roggenstroh	Rh	0,50 - 0,75
" " Weizenstroh	Rh	0,45 - 0,60
Häcksel	Tendenz ruhig	Rh 1,30 - 1,45
Handelsübliches Heu, gesund u. trocken l. Schnitt	Rh	1,80 - 2,10
Gutes Heu, gesund und trocken	Rh	=
Luzerne, lose	Rh	2,15 - 2,45
Thymothee, lose	Rh	2,20 - 2,50
Kleeheu, lose	Rh	2,00 - 2,30
Mielitz=Heu, lose, rein	Rh	=
" " " (Warthe)	Rh	=
" " " (Havel)	Rh	=
Drahtgepresstes Heu	Rh	0,40 über Notiz

Tendenz ruhig.